Antrag Nr. 28

EINGEGANGEN
12. MRZ. 2018
Büro Stadtv. versammlung

CDU FRAKTION RÜSSELSHEIM AM MAIN

Fraktion der CDU
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert
Fraktionsvorsitzender
Rathaus / Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim
Telefon: 06142/61717

Geschäftsführer:
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de

fraktion@cdu-russelsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, 12.03.2018

Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Einzelhandelsentwicklung der Standorte Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat teilt dem Kreisausschuss in einer schriftlichen Stellungnahme mit, dass die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim die grundlegende ablehnende Haltung des Magistrates zur Veränderungen am „Mainkaufzentrum" Raunheim nicht mitträgt.

2. Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Magistrat Raunheim und dem Gemeindevorstand Bischofsheim Kontakt aufzunehmen, um die Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Einzelhandelsentwicklung der Standorte Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim bei besonderer Berücksichtigung des Opel-Altwerkes für die drei Kommunen voranzutreiben.

3. Die Nassauische Heimstätte wird über das Programm „Stadtumbau Hessen" damit beauftragt, das Projekt zu begleiten.

4. Es ist zu prüfen, welche Fördermittel durch das Land Hessen zur Verfügung stehen.

5. Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, eine gemeinsame Stadtverordnetenversammlung der drei Kommunen vorzubereiten, in dem die Bürgermeister gemeinsam mit der Nassauischen Heimstätte das grundsätzliche Projekt vorstellen.

Begründung:

Die Kommunen Bischofsheim, Raunheim und Rüsselsheim haben schon heute fließende Übergänge an den Stadtgrenzen und wachsen auch in Zukunft enger zusammen. Besonders im Einzelhandel gibt es mit dem Fachmarktzentrum am Ortsrand Bischofsheim sowie mit dem Mainkaufzentrum in Raunheim schon heute großflächigen Einzelhandel, der von den Bürgerinnen und Bürgern nicht als die Kommunen voneinander trennend wahrgenommen wird. Zukünftige Einzelhandelsplanung kann nicht als Insellösung einer einzelnen Kommune betrachtet werden.

Michael Ohlert

Michael Ohlert
CDU Fraktion